Lahn-Dill-Kreis

Wetzlar, 14.10.2022

NIEDERSCHRIFT

Gremium	**Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss**
Sitzung Nummer	11/2021-2026
Datum	**13.10.2022**
Sitzungsbeginn	16:30
Sitzungsende	18:20
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende

Vorsitz:
Berns, Wolfgang

Mitglieder:

Hartert, Holger	bis 18:10 Uhr
Klement, Martina	
Ahrens-Dietz, Heike	vertritt Steinraths, Daniel
Bender, Anna-Lena	
Egler, Beatrix	
Inderthal, Frank	
Lenzer, Carmen	vertritt Müller, Jörg Michael
Ludwig, Jörg	vertritt Peller, Michael
Mulch, Lothar	
Ohnacker, Christiane	
Dr. Rinn, Karin	vertritt Dr. Marien, Jan
Schäfer, Lisa	vertritt Müller, Leo ab 16:45 Uhr
Schäfer, Mechthild	

Landrat:
Schuster, Wolfgang

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter:
Aurand, Stephan

Ältestenrat:
Dworschak, Reiner
Fuchs, Hans-Werner bis 17:50 Uhr
Kunz, Cirsten
Petersen, Nicole
Wagner, Willi
Zborschil, Tim

Schriftführer/in:
Müller, Katja

Entschuldigt fehlten:
Dr. Marien, Jan
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Peller, Michael
Steinraths, Daniel
Dr. Büger, Matthias
Irmer, Hans-Jürgen
Volkmann, Johannes

Von der Verwaltung waren anwesend:
Häuser, Dennis
Koob, Thomas
Schimmel, Markus

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.
Verbesserung des Bürgerservice durch Ausweitung der Online-Terminreservierung
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022
(A-8/2022)

TOP 2.
Sachstandsbericht Cybersicherheit

TOP 3.
Verschiedenes

TOP 3.1
Verschiedenes;
hier: Unterbringungssituation

Sitzungsverlauf

Vorsitzender Wolfgang Berns eröffnet die Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschusses um 16:30 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 1.
Verbesserung des Bürgerservice durch Ausweitung der Online-Terminreservierung
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2022
A-8/2022

Vorsitzender Berns führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Bender erläutert, dass im März 2022 schon ein kurzer Bericht zu diesem Tagesordnungspunkt gehalten wurde. In der damaligen Sitzung wurde darum gebeten, dass im Oktober ein neuer Bericht über den aktuellen Stand gehalten werde.

Landrat Schuster führt zum aktuellen Sachstand Folgendes aus:

- Die telefonische Terminvereinbarung habe sich seit Beginn der COVID-19-Pandemie zum Standard in der Kreisverwaltung etabliert.
- Die Online-Terminreservierungen seien inzwischen zusätzlich zum Bereich der KFZ-Zulassung bei der Abteilung 21, Belehrungen nach § 43 IfSG (Ausübung einer Tätigkeit mit Lebensmitteln) eingeführt wurden.
- Die Einführung der Online-Terminreservierung bei der Fahrerlaubnisbehörde verzögere sich lediglich aufgrund technischer Probleme beim Hersteller verzögere. Die Inbetriebnahme stehe unmittelbar bevor.

- Die Einführung der Online-Terminreservierung bei der Ausländerbehörde schließe sich unmittelbar an die vorstehende Inbetriebnahme bei der Fahrerlaubnisbehörde an.
- Weitere Onlineterminvergabeprojekte werden in den Fachabteilungen geprüft und entwickelt.

Abteilung	Online-Terminreservierung
11	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
12	Regelmäßiger Publikumsverkehr ist lediglich im Bereich der Vollstreckung vorhanden. Dort könnte eine Online-Terminreservierung eingeführt werden.
13	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
14	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
15	Im Fachdienst Kfz.-Zulassungsstelle (15.5) wurde die Online-Terminreservierung eingeführt. Im Fachdienst Personenbezogenes Verkehrswesen (15.2) ist die Online-Terminreservierung in Arbeit. Wunsch-Starttermin ist der 01. März 2022. Im Fachdienst Ausländer- und Personenstandswesen (15.3) findet derzeit die Einführung statt. Die abschließende Umsetzung ist bis zum 31. März 2022 geplant. Für die anderen Fachdienste der Abteilung Aufsichts- und Kreisordnungsbehörden, verkehr (15) ist die Online-Terminreservierung nicht relevant und nicht geplant.
21	Bislang ist eine Online-Terminreservierung noch nicht eingeführt. Die Einrichtung einer Online-Terminreservierung im Bereich „Belehrung nach § 43 IfSG" (Ausübung einer Tätigkeit mit Lebensmitteln – Umgang, Herstellen, Behandeln oder Inverkehrbringen) steht kurz vor dem Abschluss. Weitere Notwendigkeiten werden derzeit nicht gesehen.
22	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
23	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
24	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
25	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
26	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr. Die Bearbeitung in der publikumsintensiven Tankanlagenüberwachung (35.000 Anlagen) erfolgt schon seit Jahren digital.
32	Bisher wurde keine Online-Terminreservierung eingeführt. In dem Aufgabenbereich Unterhaltsvorschuss wäre die Einrichtung einer Online-Terminreservierung denkbar. Dies auch in dem Fachdienst Tagesbetreuung für Kinder. Allerdings besteht hier aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit derzeit keine Notwendigkeit.
34	Regelmäßiger Publikumsverkehr ist im Bereich des Fachdienstes Medienservice (34.2) vorhanden. Die klassische Medienausleihe im Medienzentrum Lahn-Dill an den Standorten Wetzlar und Dillenburg mit der Option zur Online-Vorbestellung und Abholung während der Öffnungszeiten, die Schulungsangebote mit Onlinereservierung und in den Schulen können Lehrkräfte die Schulmediothek als Arbeits- bzw. Unterrichtsraum über IServ buchen. Für weitere Bereiche mit Publikumsverkehr kann die Online-Terminreservierung noch eingeführt werden.
35	Kein regelmäßiger Publikumsverkehr
41	Bisher wurde keine Online-Terminreservierung eingeführt. Die Einführung im Bereich der bereits existierenden Flüchtlingsbüros – allerdings als ergänzendes Angebot zur bisherigen Praxis der Kontaktaufnahme- bzw. des sich im Aufbau befindlichen Sozialbüros ist schon jetzt vorstellbar. Eine generelle stufenweise Einführung in allen Aufgabenbereichen der Abteilung 41 ist als möglich anzusehen.

Gibt es im Bereich Kinder- und Jugendhilfe einen neuen Sachstand, möchte **Frau Bender** wissen.

Landrat Schuster und Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand führen aus, dass dies aktuell im Prüfverfahren sei. Allerdings die Terminvereinbarungen laufen ca. 95% online, ergänzt **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand**.

Ergänzend dazu erläutert **Landrat Schuster**, dass es Bereiche im Kreis gebe, die ein hohes Maß an Gefährdungspotential besitzen. In diesen Bereichen können sich Bürgerinnen und Bürger nicht einfach zu einem Termin einloggen. Hier stehe die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vordergrund.

Frau Klement fragt, ob es bei Onlineterminen verstärkt zu Terminabsagen oder Nichteinhaltung einer Terminvereinbarung komme. **Landrat Schuster** erläutert, dass dieses Thema verstärkt bei der Ausländerbehörde aufkomme. Gerade wenn mehrere Termine hintereinander auf einmal ausfallen ohne eine Absage.

Gerade im Sozialbereich gebe es beratende Institutionen, beispielsweise die Pflegestützpunkte führt **Frau Petersen** aus. Bestehe für diesen Bereich auch die Möglichkeit einer Online-Terminvergabe? Ähnliche Termine sehe sie auch im Bereich des Jugendamtes zur Beratung.
Landrat Schuster und Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand erläutern, dass ein Kontakt bei den Pflegestützpunkten generell nur über eine Terminvereinbarung zustande komme. Ca. 80% kommen hiervon aktuell telefonisch zustande und der Rest per eMail. Da es sich hierbei oft um ältere Menschen handele sei das Telefon etablierter.
Die Beratungen im Bereich des Jugendamtes werden oftmals auch telefonisch abgewickelt.

Das Angebot bei der Führerscheinstelle Onlinetermine zu vereinbaren sei ja da, so **Frau Schäfer**. Allerdings höre man aus verschiedenen Quellen, dass es öfters zu Problemen komme und lange Wartezeiten dort herrschen. Habe der Kreis vor, dass Angebot insgesamt bei der Führerscheinstelle digitaler zu gestalten, damit die angebotenen Leistungen digital abgearbeitet werden können?
Landrat Schuster erläutert, dass der Kreis wie gesagt kurz vor der Inbetriebnahme der Online-Terminvergabe stehe. Dies sei der eine Punkt. Der andere sei, wie schnell bekomme der Bürger einen Termin. Im Moment sei die Führerscheinstelle stark ausgelastet, wegen den Umschreibungen der Fahrerlaubnis.
Weiter gebe es bei der Führerscheinstelle viele Dienstleistungen die der Kreis für den Bund übernehmen müsse. Hier bestimme der Bund, ob diese Dienstleistung digital angeboten werden könne. Umfassend werden viele Dienstleistungen durch das OZG digital werden, aber step by step.

Die Mitglieder des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschusses einigen sich darauf, dass ein erneuter Bericht in einem halben Jahr gegeben werde. Die Vertreter der antragstellenden CDU-Fraktion erklären sich ebenfalls einverstanden.

Zu TOP 2.
Sachstandsbericht Cybersicherheit

Landrat Schuster führt aus, dass im letzten Monat 1.235.143 Hackerangriffe (unberechtigte Zugriffe) vom Fachdienst IuK abgewehrt werden konnten. Vor einem halben Jahr sei die Kreisverwaltung im Landkreis Anhalt-Bitterfeld Opfer einer Cyberattacke geworden. Es kostet Millionen, um eine Behörde dann wieder ans Netz zu bringen. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld seien Experten von Microsoft zum „Wiederaufbau" beauftragt worden, für einen Tagessatz von 2.500 €.

Der Lahn-Dill-Kreis sei einer der letzten Landkreise in Deutschland gewesen, der noch eine Cyberversicherung habe abschließen können um zumindest den finanziellen Schaden größtenteils zu ersetzen.

Landrat Schuster nennt Motive für Hackerangriffe
- die Verwaltung aus politischen Gründen lahmlegen
- Spaß am Hacken
- oder um Geld zu erpressen

Mit zunehmender Digitalisierung biete die Verwaltung mehr Angriffsfläche und es sei dadurch eine Frage der Zeit, wie lang die Angriffe abgewehrt werden können.

Landrat Schuster übergibt das Wort an Herrn Häuser „Fachdienstleiter IuK". **Herr Häuser** gibt anhand einer PowerPoint Präsentation einen Sachstandsbericht zur Cybersicherheit. Diese werde der Niederschrift beigefügt.

Unter anderen führt **Herr Häuser** aus, dass derzeit der Landkreis Pinneberg, der Landkreis Ahnhalt-Bitterfeld, die Justus-Liebig-Universität Gießen und die IHK Opfer einer Cyberattacke geworden seien. Hinzukomme die verschärfte Sicherheitslage durch den Ukraine-Krieg. In solch einem Fall, könnte man nur alle Systeme herunterfahren und professionelle Hilfe holen, beispielsweise durch das BSI und die ekom21. Um weiterhin die Cyberangriffe abwehren zu können, brauche es „Software, Hardware und Manpower".
Die IT-Infrastruktur der Kreisverwaltung habe ca. 1.500 Arbeitsplätze und 250 Server verteilt auf 15 Liegenschaften (ohne Schulen), so **Herr Häuser**. Mit der Corona-Pandemie seien mehr Zugangspunkte in das Netzwerk des LDK durch Homeoffice gekommen. **Herr Häuser** erläutert, dass eine 100%-Sicherheit nicht existiere. Der Kreis mache Einiges dafür, damit dieser nicht schutzlos ausgeliefert sei. Durch dezidierte Berechtigungskonzepte, Notfallhandbücher und verpflichtende Awarenessschulungen für die Mitarbeitenden versuche der Kreis die Sicherheit zu steigern. Die Verwaltung habe IT-Pflege- und Wartungsverträge, es gebe eine unabhängige Prüfung der IT-Sicherheit und eine Rund-um-die-Uhr-Live-Überwachung des Kreisnetzwerks durch ein namhaftes IT-Sicherheitsunternehmen.

25% aller eMails, die bei der Kreisverwaltung ankommen, seien Spam´s. Im Internet seien es insgesamt etwa 98%.

Vorsitzender Berns bedankt sich für den guten ausführlichen Bericht und gibt den Mitgliedern die Gelegenheit, Fragen an Herrn Häuser zu stellen.

Frau L. Schäfer fragt, ob mit der aktuellen Personalkapazität im Fachbereich der IuK die ganzen Aufgaben und Herausforderungen ordnungsgemäß bearbeitet werden könnten? **Herr Häuser** erläutert, dass unterschieden werden müsse zwischen Betriebssicherheit und Weiterentwicklung der IT. Betriebssicherheit könne mit der vorhandenen Manpower/Servern und Software gewährleistet werden. Der Kreis werde sich durch die OZG-Prozesse und Einführung der Allgemeinen Schriftgutverwaltung weitereinwickeln. Dies bedeute, je mehr digitale Systeme der Kreis im Einsatz habe, desto mehr sei die Verantwortung auf den Servern. Für die bevorstehende Weiterentwicklung seien noch keine entsprechenden Leute gefunden. Im Bereich der IuK seien 3 Stellen vakant, die trotz mehrmaligen Ausschreiben bisher noch nicht besetzt werden konnten.
Spam-eMails werden laut ihrer Aussage herausgefiltert und einige würden durchgehen, führt Frau Bender aus. Wieviel Fälle gibt es, wo der Mitarbeitende auf diese Links oder Anlagen klickt? Nach ihren Ausführungen werden hierfür die Mitarbeitenden 1 x im Jahr geschult, sei dies ausreichend? Die erste Frage könne **Herr Häuser** nicht beantworten. Die eMail werde vom System als Spam nicht erkannt und komme bei den Nutzerinnen und Nutzern an. In den meisten Fällen werden solche Spam´s einfach gelöscht. Es gäbe auch Fälle wo diese eMails gemeldet werden und dies seien wenige 100. Bisher sei ihm kein Fall bekannt, wo durch einen Spam ein PC oder das Netzwerk lahmgelegt wurde. **Landrat Schuster** ergänzt, dass diese Schulung verpflichtend für alle Mitarbeitenden beim Kreis sei und 1 x im Jahr ausreiche.

Frau Ohnacker fragt ob es eine Zertifizierung oder Standardisierung für den Lahn-Dill-Kreis gebe. Weiter fragt sie, ob die Mitarbeitenden sich personalisiert einloggen würden oder wie sich dies gestalte? Zu 100% würden sich die Mitarbeitenden personalisiert einloggen, antwortet **Herr Häuser**. Es gibt die ISO 27001, dies sei eine Zertifizierung für Rechenzentrumsbetreiber wie die ekom21. Dies habe der Kreis nicht und Herr Häuser wüsste auch keinen Landkreis oder eine größere Stadt in Hessen, der diese Zertifizierung habe. Der Aufwand dahinter sei enorm groß und dies könne ein Landkreis oder Städte nicht erbringen.

Herr Zborschil berichtet, dass die Stadt Frankfurt bekannt gegeben habe, dass sie in diesem ominösen Cybersicherheitsrat Mitglied gewesen seien und diese Mitgliedschaft nun beendet habe. Sei der Kreis denn dort auch Mitglied oder gab es eine Zusammenarbeit mit der Firma Protelion? Diese Fragen werden durch **Herrn Häuser** verneint. Des Weiteren fragt **Herr Zborschil** wie es mit DDos-Angriffen beim Kreis aussehe? Habe der Kreis vorgesorgt bzw. oder schon Erfahrungen gesammelt? **Herr Häuser** führt aus, dass der Kreis bisher keinem DDos-Angriff ausgesetzt war. Wenn dies geschehen würde, sei der Kreis von außen komplett abgeschnitten. Allerdings würde intern die IT-Struktur funktionieren.

Herr Mulch finde es gut, dass der Lahn-Dill-Kreis eine Cyberversicherung mittlerweile abgeschlossen habe, die er schon im Jahre 2020 anregte. Er möchte wissen, ob ein Monitoring auch in Bezug auf die Homeofficeplätze funktioniere bzw. werden diese Plätze „überwacht". Habe die Hardware, die auf das Netzwerk des Kreises zugreife, ein aktuelles Betriebssystem installiert? Die Mitarbeitenden, die in Homeoffice gehen, seien alle mit Betriebslaptops ausgestattet und somit, werden alle Zugriffe protokolliert, führt **Herr Häuser** aus. Des Weiteren habe der Kreis komplett Windows 10 oder 11 im Einsatz.

Frau Ahrens-Dietz möchte wissen, wie die Datensicherheit an den Schulen aussehe und ob die Schulleitungen und Sekretärinnen auch geschult werden. Die Sekretärinnen machen auch die Awarenessschulungen, so **Herr Häuser**. Allerdings sei das Schul- und Verwaltungsnetz nicht an unser Kreisnetz angeschlossen. Dies werde vom Schulservice-IT übernommen. **Landrat Schuster** ergänzt, dass der Kreis zwar Schulträger sei, aber die Schulen im Eigentum des Landes sind. Der Kreis stelle die Infrastruktur, Lehrmittel, Unterrichtsmedien und -geräte über das Medienzentrum allen Schulen zur Verfügung.

Frau Ohnacker fragt, in wie weit die Mitarbeitenden Sanktionen befürchten müssen, wenn diese zum Beispiel auf einen „verseuchten" Link klicken? Gibt es eine entsprechende Betriebsvereinbarung? **Herr Häuser** führt aus, dass jeder Mitarbeitende die IuK-Nutzungsordnung unterschreiben müsse und somit versichere, dass dieser nicht bewusst auf Seiten gehe/klicke, welche eine Gefahr darstellen könnten. Gewisse Internetzugriffe werden zusätzlich vom Kreis blockiert. Bisher seien keine Sanktionen bekannt bzw. werden kein Links böswillig angeklickt.

Frau Kunz möchte wissen ob alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf alle Internetseiten zugreifen oder seien diese gesperrt. **Herr Häuser** erläutert, dass der Kreis mit Firmen zusammenarbeite, damit entsprechende Seiten/Bereiche gesperrt seien. Die Zugriffe seien an Personenkreise geknüpft, so dass nicht Jeder die gleichen Zugriffe innehabe.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr folgen nimmt der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss den Bericht dankend **zur Kenntnis**.

Zu TOP 3.
Verschiedenes

Zu TOP 3.1
Verschiedenes;
hier: Unterbringungssituation

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand berichtet, dass die aktuelle Unterbringungssituation zur Folge habe, dass ab der KW 43 keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr verfügbar seien. Aus diesem Grund werde die Sporthalle an der Comeniusschule in Herborn innerhalb der nächsten Wochen als Unterbringungsobjekt für geflüchtete Personen hergerichtet werden.

Aktuelle Unterbringungssituation
- In der vom Lahn-Dill-Kreis angemieteten Gemeinschaftsunterkünften sind aktuell 1.994 Personen untergebracht (inkl. Mittenaar-Ballersbach, Herborn-Merkenbach, Jugendburg Hohensolms und Kreisjugendheim Heisterberg).
- Die Zahl der in privatem Wohnraum untergebrachten Personen belaufe sich derzeit auf ca. 1.500
- Seit Mitte August 2022 bis heute wurden rund 330 Menschen aus der Ukraine zur Unterbringung an Kommunen im Lahn-Dill-Kreis delegiert.
- Laut Prognose des Regierungspräsidiums Darmstadt werden dem Lahn-Dill-Kreis bis zum Jahresende 2022 insgesamt 974 Personen (wöchentliche 71 Personen) zur Aufnahme und Unterbringung zugewiesen werden.

Aktuelle Aktivitäten zur Objektakquise
- Die Verwaltung ist derzeit mit der Abprüfung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten befasst (leerstehende Gewerbeeinheiten, Containerstellplätze etc.)
- am 10.10.2022 wurde das neue Ankunftszentrum im Kreisjugendheim Heisterberg eröffnet.
- Aufgrund des erwarteten starken Zustroms auf der Grundlage der Prognose des RP Darmstadt soll die Sporthalle an der Comeniusschule in Herborn vorrübergehend als Unterbringungsmöglichkeit genutzt werden.

Landrat Schuster ergänzt, dass der Lahn-Dill-Kreis mit Stand heute in dieser Sitzung nicht garantieren könne, das alle zugewiesenen Menschen untergebracht werden können. Wenn dies passiere, wäre dies ein Kontrollverlust. Das sei nicht nur ein Thema im Lahn-Dill-Kreis, sondern ein Problem Deutschlandweit.

Herr Zborschil fragt, in welche Städte und Gemeinden die zugewiesenen Menschen untergebracht seien. **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand** führt aus, dass zum Stand 04.10.22 folgende Zuweisungen erfolgten:

Aßlar	19
Braunfels	23
Ehringshausen	19
Eschenburg	10
Greifenstein	20
Herborn	24
Hüttenberg	31
Lahnau	33
Leun	24

Schöffengrund	21
Siegbach	34
Sinn	19
Waldsolms	27

Frau Lenzer möchte wissen, wie die Kommunen in dieser Lage vom Kreis Unterstützung erhalten. **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand** erläutert, dass die Städte und Gemeinden unterschiedlich unterstützt werden. Dies komme darauf an, wo sie Hilfe brauchen. Meistens bei den Unterkünften und hier erhalten sie Hilfe bei der Suche von Gewerbeimmobilien, oder bestellen von Containern usw..

Frau Klement möchte wissen, warum nun doch wieder eine Sporthalle als Flüchtlingsunterkunft dienen solle. **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand** erläutert, dass der Kreis in ca. 14 Tage keine Plätze mehr habe und deshalb erst einmal die Comenius-Schulturnhalle als Zwischenlösung fungieren müsse, bis andere Möglichkeiten geschaffen werden. **Landrat Schuster** ergänzt, dass der Landkreis versuche größere Unterkünfte zu finden, wo ca. 300-500 Personen unterkommen können. Da die Zuweisungszahlen bis Jahresende sich verdoppeln.

Herr Mulch stelle fest, dass dem Kreis wahrscheinlich nicht nur die Kapazitäten ausgehen werden, sondern eventuell auch irgendwann das Geld. Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, werde sich der HFWO in diesem Jahr ggf. im Dezember noch über das Thema Haushalt unterhalten? **Landrat Schuster** gehe Stand heute davon aus, dass die Ausgaben weitestgehend vom Bund und Land übernommen werden und es somit keinen Nachtragshaushalt geben werde.

Vorsitzender Berns erinnert an die Sondersitzung zum Thema OZG. Diese solle am 08. November 2022 stattfinden.

Vorsitzender Wolfgang Berns schließt die Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschusses um 18:20 Uhr und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 14.10.2022

gez.

Wolfgang Berns	Katja Müller
Vorsitzender	Schriftführerin